

# Einschränkung des öffentlichen Raums

## Zivilgesellschaftliche Spielräume massiv bedroht

Franziska Koch

**Seit dem Regierungswechsel im November 2019 engt die Regierung von Präsident Gotabaya Rajapaksa die Räume für zivilgesellschaftliche Akteure in Sri Lanka kontinuierlich und massiv ein. Fast möchte man sagen, das überrascht jetzt nicht. Die Autorin zeichnet einige Stationen und Folgen für zivilgesellschaftliches Handeln nach.**

Die Einschränkung dokumentiert *CIVICUS*, eine international operierende NGO, die die Handlungsspielräume für Zivilgesellschaften in unterschiedlichen Ländern analysiert. Der sogenannte *CIVICUS Monitor* stuft diesen Spielraum in Sri Lanka als „beschränkt“ ein.<sup>1</sup> Diese Bewertung erläutert *CIVICUS* auf seiner Webseite mit Schlagworten wie „beschränkte Grundrechtsentfaltung; Überwachung von zivilgesellschaftlichen Organisationen; Auflösungen von Versammlungen unter Einsatz exzessiver Gewalt; körperliche Übergriffe auf Journalist(inn)en“.

Die Regierungsführung von Gotabaya Rajapaksa steht unter dem Motto der nationalistischen Sicherheitspolitik, ist dabei deutlich subtiler aber nicht weniger repressiv im Vergleich zur Regierungszeit seines älteren Bruders Mahinda Rajapaksa (2005-2015). Nach den Osteranschlägen 2019 gewann Gotabaya mit seinem Versprechen der Anti-Terrorismus-Bekämpfung die Präsidentenwahl im November des gleichen Jahres. Die Anti-Terrorismus-Gesetzgebung (*Prevention of Terrorism Act*, PTA) wird international seit Jahren scharf kritisiert. Die Regierung reagiert smart und verspricht Reformen, die aber bislang zu keinerlei Ergebnis geführt haben. Der PTA erlaubt es, Personen bis zu 24 Monate ohne Erhebung einer formalen Anklage und Gerichtsverfahren in Haft zu nehmen und ihnen den Zugang zu einem Rechtsbeistand oder das Recht

auf Beweismittelleinsicht zu verweigern. Ein klarer Verstoß gegen internationale Rechtsnormen, aber ein immer nützlicher werdendes Werkzeug für die Regierung zur Unterdrückung von Dissens – den die Regierung als „unpatriotisch“ definiert. Insbesondere Angehörige der tamilischen und muslimischen Minderheiten müssen willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen unter dem PTA befürchten. Es mehren sich Berichte über inhaftierte Menschenrechtsaktivist(inn)en und Journalist(inn)en. Journalist(inn)en zensurieren sich seit der Machtübernahme Rajapaksas selbst. Der Großteil der Medien gibt typischerweise die Sicht des Staates wieder. Regierungskritische, unabhängige Stimmen im öffentlichen Raum werden durch Razzien, körperliche Übergriffe oder Strafverfahren routinemäßig verfolgt. Kritische Webseiten und soziale Medien sind blockiert worden, die Internetnutzung wird überwacht.

### Folgen für zivilgesellschaftliche Organisationen

Mitarbeitende in zivilgesellschaftlichen Organisationen berichten von Überwachung, Belästigung und Einschüchterung, seitdem das für NGOs zuständige Sekretariat dem Verteidigungsministerium untersteht. Zivilgesellschaftlichen Organisationen, die etwa die Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen während der Bürgerkriegszeit, Aussöhnung oder die Rechenschaftspflicht des Staates be-

handeln, werden mit dem Entzug der Registrierung und der Schließung ihrer Büros bedroht. Ihnen wird gleichzeitig unterstellt, internationale Fördermittel anzunehmen und damit eine westliche Agenda zu unterstützen. Laut Regierung führt dies zur Destabilisierung Sri Lankas und ist damit unpatriotisch. *CIVICUS* bewertet solche Drohungen mit der Kategorie der „unterdrückten“ Zivilgesellschaft.

Unter dem Vorwand, Covid-19 Schutzmaßnahmen durchzusetzen, wurden im Mai 2020 friedliche *Black-Life-Matter*-Demonstrationen aufgelöst. Die Sicherheitskräfte wandten unverhältnismäßige Gewalt an und verletzten selbst die Hygienemaßnahmen bei der Festnahme der Demonstrant(inn)en. Erst jüngst wieder, im Juli und August 2021, wurden auf zwei Kundgebungen Demonstrant(inn)en in Gewahrsam genommen und in Quarantänezentren verbracht. Sie wiesen keinerlei Covid-19 Symptome auf. Es ist ein solcher Alltag, der müde machen soll.

Die skizzierten Entwicklungen zeigen deutlich, dass der zivilgesellschaftliche Raum in Sri Lanka stark gefährdet ist – und droht unter der aktuellen Regierung weiter zu schrumpfen.

#### Zur Autorin

Franziska Koch koordiniert das Netzwerk *Sri Lanka Advocacy* mit Sitz in Wuppertal.

#### Endnote

<sup>1</sup> <https://monitor.civicus.org/country/sri-lanka/>